



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Gegen den Strom

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Gegen den Strom



egen den Strom zu schwimmen ist weder leicht noch angenehm, aber für die Grenzboten nichts Ungewohntes. Sie sind 1879 für die wirtschaftlichen und sozialreformerischen Pläne des Fürsten Bismarck fast allein eingetreten, und sie haben die Genugthuung gehabt, daß sie trotz des heftigsten Widerspruchs in Presse und Parlament siegreich durchdrangen. Sie treten heute für den Kaiser und die kaiserliche Weltpolitik ein, und sie sind der festen Überzeugung, daß die Strömung, die jetzt gegen sie ist, ebenso umschlagen wird, wie zu der Zeit, wo Bismarck aus dem bestgehaßten und bestverleumdeten Staatsmanne zum Helden der Nation wurde. Sie verwerfen durchaus nicht die Kritik an sich und verzichten ebenso wenig selbst darauf, sie zu üben. Denn da der Kaiser selbst von der Stufe unnahbarer Hoheit in die Arena herabzusteigen liebt, so können seine persönlichen Äußerungen und Handlungen der allgemeinen Beurteilung nicht entgehen, und er setzt das auch gar nicht voraus. Was wir bekämpfen, wo wir können, das ist nicht die Kritik an sich, die sachliche, sich in den geziemenden Schranken haltende Kritik, sondern die gehässige, feindselige, hämische Kritik der antikaiserlichen Fronde. Man könnte diese Fronde einfach aus der Querköpfigkeit und Nörgelsucht, die dem Deutschen im Blute steckt und unsrer politischen Reife fortgesetzt ein recht schlechtes Zeugnis ausstellt, erklären, aber wir wollen, soviel Anteil diese tiefgewurzelte, durchaus unberechtigte Eigentümlichkeit auch daran hat, einmal unbefangen die Gründe prüfen, die daneben wirksam sind, und zwar bei sehr ehrlichen und eifrigen Patrioten. Vielleicht hilft es einigen zur Besinnung.

Der erste ist unfraglich die bittere Erinnerung an die Entlassung Bismarcks. Die Art, wie sie schließlich vor sich ging, werden auch wir immer beklagen; aber daß die Trennung des Kaisers und des Kanzlers unvermeidlich war, das sollte man endlich verstehn. Ein sich seiner ererbten Gewalt und seiner monarchischen Pflicht stolz bewußter, von heißem Thatendrang erfüllter

Fürst, der von seinem Minister durch einen Altersunterschied von mehr als vierzig Jahren getrennt war, mußte in der alles überragenden Autorität und Erfahrung des Kanzlers, gegen die seine eigne persönliche zunächst ganz zurücktrat, nicht eine Unterstützung, sondern ein Hemmnis für die eigne Bethätigung sehen. Keine Erwägung der Dankbarkeit und der Zweckmäßigkeit konnte auf die Dauer diesen einmal vorhandenen Gegensatz aufheben. Wenn er aber bestand, dann mußte schließlich der Minister dem Monarchen weichen, dafür leben wir eben in einem monarchischen Staate. Wie oft nur der Wille Wilhelms I. Bismarck am Ruder gehalten hatte, so wurde dessen Stellung unhaltbar, sobald bei Wilhelm II. dieser Wille fehlte. Das hat Fürst Bismarck selbst vorausgesehen, und daraus dem Kaiser noch jetzt einen Vorwurf zu machen, das ist ebenso ungerecht wie thöricht; ist doch in der Politik nichts abgeschmackter als der Groll. Ein zweiter, kaum weniger wichtiger Grund kommt hinzu. Indem auf den Großvater nach einer kurzen Zwischenregierung sofort der Enkel folgte, fiel eine ganze Generation, die mit dem unglücklichen Kaiser Friedrich aufgewachsen war, die Generation, die 1866 und 1870 gemacht hatte, auf dem Throne sozusagen aus, und die leitende Altersklasse — denn die Fünfziger regieren bekanntlich die Welt — stand, statt einem Altersgenossen, einem jungen Herrn gegenüber, der das, was sie durchgemacht hatte, eben nicht durchgemacht hatte, der anders als sie dachte und empfand. Der Gegensatz trat um so stärker hervor, als der neue Kaiser und der alte Kaiser, auch abgesehen von dem Altersunterschied, außerordentlich verschiedene Naturen waren, und da man sich gewöhnt hatte, in der ehrwürdigen Gestalt Wilhelms I. das Idealbild eines deutschen Kaisers zu sehen, so legte man diesen Maßstab an den Nachfolger. Kein Wunder, daß er nicht paßte! Und nun begann die Kritik, doppelt bitter, als sich mit der Entlassung des Fürsten Bismarck die Eigentümlichkeit dieser Herrscherpersönlichkeit immer bestimmter entfaltete. Alles, was anders war als das Vorbild, wurde scharf getadelt; man spöttelte über die erstaunliche Vielseitigkeit des Interesses, Könnens und Wissens und sprach von Dilettantismus; man bemängelte die Neigung zu prachtvollem und glänzendem Auftreten, man schüttelte bedenklich den Kopf über die rasche, impulsive Art des Kaisers, vor allem über seinen Drang, ohne alle Rücksicht auf die konstitutionelle Theorie und Ministerverantwortlichkeit seinen Gedanken und Empfindungen starken und unverhüllten Ausdruck zu geben, und war so naiv, zu verlangen, daß für jede dieser Äußerungen zuvor der Minister gehört werde. Man fand es unkonstitutionell, daß er seinen persönlichen Willen scharf betonte, und faselte von absolutistischen Gelüsten, obwohl Wilhelm II. niemals auch nur den leisesten Versuch gemacht hat, die ihm von der Reichs- und Staatsverfassung gezogenen Schranken durch die That zu überschreiten. Als wenn nicht auch Wilhelm I. seinen ganz persönlichen Willen hundertmal eingesetzt und durchgesetzt hätte, vor allem bei seinem „eigensten Werke,“ der preussischen Heeresreorganisation, ohne die es niemals ein neues Deutschland gegeben hätte, und in dem unerschütterlichen Festhalten an Bismarck, der in

einem parlamentarisch regierten Staate zehnmal gestürzt worden wäre; als ob nicht Bismarck selbst, gestützt auf dieses Vertrauen seines Herrn, über ein halbes Jahrhundert eine Machtstellung behauptet hätte, die jeden ihm unbedeuten Einfluß von der Regierung ausschloß oder unterdrückte, und die von seinen Feinden Kanzlerabsolutismus und Hausmeiertum gescholten wurde. Der Unterschied zwischen einst und jetzt ist nur der, daß damals die großen politischen Gedanken, die Wilhelm I. verwirklichte, ihm von außen, von seinem Minister entgegengebracht wurden, und er sie sich, meist nach schweren innern Kämpfen, erst aneignete, heute dagegen Wilhelm II. solche Ideen selbst faßt und ausführt. Daher ist gekommen, was Fürst Bismarck selbst vorausgesehen und vorausgesagt hat, der Kaiser ist in der That sein eigener Kanzler geworden, und keiner der beiden Nachfolger Bismarcks im Kanzleramt hat deshalb auch nur entfernt eine solche Stellung eingenommen wie dieser. Das mag gewissen Lieblingsideen der liberalen und der demokratischen Parteien, deren Ideal eingeständner- oder nicht eingeständnermaßen doch das parlamentarische Schattenkönigtum mit parlamentarischen Ministern ist, scharf widersprechen, aber der deutschen und der preussischen Verfassung widerspricht es nicht, und es ist, weil wir in Deutschland gottlob noch eine lebendige Monarchie haben, doch am Ende natürlicher, daß der Kaiser, als daß der Kanzler persönlich so stark hervortritt. Ohne dieses lebendige echte Königtum, das gerade Fürst Bismarck immer verfochten und eigentlich erst wieder zur Geltung gebracht hat, wäre das neue Deutschland nicht entstanden, und es wäre heute verloren, denn keine einzige der heute bestehenden Parteien ist im parlamentarischen Sinne regierungsfähig. Nur ein König, einer, der es war, konnte die Heeresreorganisation durchsetzen und den Entschluß zu dem entscheidenden Kriege von 1866 in freier Selbstentscheidung fassen, wie ihm damals Bismarck gesagt hat; nur ein Kaiser, einer, der es ist, konnte den Gedanken der Weltpolitik und der Flottenneugründung fassen und durchführen, kein Kanzler könnte ihm diese Verantwortung abnehmen. In allen großen Krisen der Geschichte hat die starke Persönlichkeit entschieden; was in der großen Masse gärt und hervorbringt, das schafft ihr höchstens die Möglichkeit zur That, aber nicht die That selbst, und eine solche Persönlichkeit lebt und wirkt nach ihren eignen Gesetzen, das Volk muß sich mit ihr abfinden, wenn es nicht auf ihre Wirksamkeit verzichten will. Da dies beim Kaiser unmöglich ist, weil er eben der Kaiser und kein Minister ist, so haben wir uns eben auch mit ihm abzufinden. An dieser geschlossenen Persönlichkeit läßt sich nichts wegnehmen. Es mag uns manches von dem, was er thut oder sagt, im einzelnen nicht recht sein, es fließt aus seinem Wesen, und wer sich durch solche Einzelheiten stören und die Freude an der Hauptsache, an dem mächtigen Schritte nach vorwärts, an dem entschlossenen Übergange von der bescheidenen Kontinental- zur Weltpolitik, den wir ihm allein verdanken, und den er selbst als etwas Großes tief innerlich gehobnen Herzens empfindet, verderben läßt und ändern verdirbt, der ist ein Philister oder ein Thor.

Wie nun die Fronde alles Mögliche an dem Charakter des Kaisers auszufegen hat, so hat sie auch seine Regierungshandlungen seit 1890 beständig unter die Lupe genommen und ist nicht müde geworden, pathetisch-wehmütige Vergleiche zwischen dem stolzen Einst und dem bescheidenen Jetzt, zwischen dem alten und dem neuen Kurs anzustellen. In der scharfen Kritik, mit der Fürst Bismarck selbst während der ersten Jahre nach seiner Entlassung die Regierungshandlungen seines Nachfolgers — gegen den Kaiser selbst hat er niemals ein Wort gesagt — begleitete, glaubte diese Presse eine Rechtfertigung für ihre eigne Kritik am Kaiser zu finden, und gerade die Blätter, die sich in den letzten Jahren des greisen Kanzlers zu seiner sehr geringen Freude am eifrigsten bismarckisch gebärdeten, übten und üben dieses Richteramt am schärfsten. Darauf läßt sich nur das alte grobe Wort anwenden: Quod licet Jovi, non licet bovi. Wenn sich Fürst Bismarck das Recht nahm, in einer unter allen Umständen ungewöhnlichen Form eine Opposition zu machen, die der Regierung ihre Arbeit wenigstens nicht erleichterte, so durfte er das, weil er eben Fürst Bismarck war, und er hat sich dabei immer gehütet, einen positiven Ratschlag zu geben, weil er sich als praktischer Staatsmann sagte, daß er das ohne Kenntnis der Akten nicht könne. Wenn die Blätter, die seinen großen Namen jetzt noch unnütz im Munde führen und ehemals vor ihm krochen, auch heute jedes seiner Worte nachbeten und der jetzigen Regierung den Spiegel vorhalten, so haben sie dabei kein Recht, sich auf Fürst Bismarck zu berufen, und würden von ihm selbst mit dem Worte zurückgewiesen werden, daß die Politik eine Kunst, keine Wissenschaft sei und sich nach den wechselnden Verhältnissen, nicht nach festen Regeln zu richten habe.

Allerdings boten nun die ersten Maßregeln des „neuen Kurses“ manche Angriffspunkte. Die Ernennung Caprivis zum Reichskanzler war kein glücklicher Griff; der General war nicht der Mann dazu, das Unglück, Bismarcks erster Nachfolger sein zu müssen, ertragen zu können. Ihm aber das heute immer noch vorzurücken, über den „Mann von Skhren“ immer noch bei jeder unpassenden Gelegenheit das Totengericht zu vollziehen, während doch ein ganz anderer gemeint ist, das ist widerwärtig und feig. Das eine Verdienst wird ihm obendrein niemand abstreiten, daß er, allerdings im Widerspruch mit Bismarck, die neuen Handelsverträge durchgesetzt hat, auf denen die heutige Blüte unsrer Industrie doch zum guten Teil beruht. Das deutsch-englische Abkommen über Afrika vom 1. Juli 1890 leitete die Kolonialpolitik des neuen Kurses recht unglücklich ein, aber es ist ungerecht, zu verkennen, daß die unvergleichliche Gelegenheit, die deutsche Schutzherrschaft über das ganze Sultanat Sansibar mitsamt der Hauptstadt zu begründen und dadurch Deutschland mit einem Rucke zur herrschenden Macht in Ostafrika zu erheben, 1885 ungenützt vorüberging, und daß der Grundsatz Fürst Bismarcks, mit dem Reichsschutz nur dahin zu folgen, wo der deutsche Kaufmann vorangegangen sei, im Widerspruch mit dem alten englischen Erfahrungssatz: *The trade follows the flag*, seine Probe nicht bestanden hat. Daß der deutsch-russische Vertrag von 1887 nicht er-

neuert wurde, war vermutlich ein Fehler und hat das Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich sicherlich beschleunigt; aber bei der deutschfeindlichen Strömung in den maßgebenden Kreisen Rußlands und der ihr entsprechenden Gesinnung des mißtrauischen Alexanders III., die auch Bismarck nur mit der allergrößten Mühe und dem Einsetzen seines ganzen persönlichen Ansehens beschwichtigen konnte, lag dieses Bündnis gewissermaßen in der Luft, wie es denn schon gleich nach dem Krimkriege und dann nochmals zu Anfang 1863 gedroht hat. Da es ist für Deutschland nicht einmal ein besondrer Nachteil, sondern eher ein Vorteil gewesen, denn es hat die französische Revanchefucht gezügelt und ein gelegentliches Zusammengehen Frankreichs oder beider Mächte mit Deutschland in kolonialen Fragen keineswegs ausgeschlossen, auch die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nach dem Tode Alexanders III. 1894 nicht gehindert. Auf jenen Fehler aber die heutige maßgebende Geltung Rußlands zurückführen zu wollen, wie es in der frondierenden Presse gelegentlich geschieht, ist Dummheit oder Bosheit. Sie beruht vielmehr darauf, daß seit etwa zehn Jahren die Bedeutung einer Großmacht gar nicht mehr allein von ihrer Stellung in Europa, sondern in der Weltpolitik abhängt, und daß sie darum für Rußland auf seinen ungeheuern, in rascher Entwicklung begriffnen Gebieten in Asien beruht, die es zum Nachbar Japan, Chinas und beinahe schon des englischen Indiens machen. Mit diesem riesigen Besitz können nur das britische Weltreich und allenfalls die nordamerikanische Union in eine Reihe gestellt werden, und da in Fragen der Macht schließlich die beherrschten Räume und die organisierten Menschenmassen entscheiden, so sind alle andern Mächte hinter diesen dreien in die zweite oder dritte Reihe zurückgetreten. Auch Deutschland ist zu klein und in seinen überseeischen Stellungen, sowie in seiner Kriegsflotte noch zu schwach, als daß es mit ihnen gleichgestellt werden könnte. Diese Wendung hätte auch die Staatskunst des Fürsten Bismarck nicht zu hindern vermocht. Nur die vom Kaiser eingeschlagne Politik wird allmählich instande sein, ihre Wirkung abzuschwächen, wenn sie von den gewaltigen sittlichen, geistigen und materiellen Kräften der Nation nachdrücklich unterstützt wird. Dem „neuen Kurs“ beständig vorwurfsvoll die maßgebende Stellung, die Deutschland unter Fürst Bismarck eingenommen habe, vorzuhalten, hat also nicht den allergeringsten Sinn.

Auch ist die Stellung, die Deutschland jetzt hat, keineswegs ungünstig, der Erfolg der kaiserlichen Politik nicht gering. Der mitteleuropäische Dreibund steht fest und hält jetzt sogar im fernen China zusammen, obwohl er die Grundlage unsrer überseeischen Politik weder sein sollte, noch bei der auf Europa beschränkten Geltung Osterreichs und Italiens sein kann. Zwischen den beiden rivalisierenden Weltmächten Rußland und England nimmt Deutschland gewissermaßen eine neutralisierende Position ein; es hindert durch die schwere Wucht seiner Rüstung jeden ernstern Zusammenstoß zwischen beiden und würde der Macht, auf deren Seite es sich im Falle eines solchen schlägt, sofort das Übergewicht verleihn. Daraus folgt, daß es auf freundliche Be-

ziehungen zu beiden halten muß, wie es denn auch geschieht. Daraus erklärt sich auch seine Zurückhaltung in der südafrikanischen Frage; jeder Versuch, in sie allein einzugreifen, wäre an der Schwäche unsrer Flotte gescheitert und hätte uns nicht nur die Feindschaft Englands, sondern voraussichtlich auch einen Krieg mit Frankreich auf den Hals gezogen. Dieser Preis für die Rettung der unglücklichen Burenstaaten wäre doch wohl auch ihren begeistertsten deutschen Freunden zu hoch gewesen. Unsrer ganze Position hat nun doch auch eine Annäherung an Frankreich erleichtert, an der der Kaiser von jeher mit zäher Geduld gearbeitet hat, und die jetzt in vielen Beziehungen sehr erfreulich in die Erscheinung tritt. Ist das alles nichts? Und bewegt sich das nicht alles auch in den Bahnen der Politik Bismarcks, der das Einvernehmen mit Rußland pflegte, ohne sich mit England zu verfeinden, der den Dreibund gründete, ohne mit Rußland zu brechen, und der in kolonialen Fragen eine Annäherung an Frankreich fand, ohne jemals die Gefahr, die von dorthier drohte, aus dem Auge zu verlieren?

Die Erfolge unsrer Kolonialpolitik sind bisher bescheiden geblieben, weil sich die Vernachlässigung in dem Ausbau unsrer Flotte während der achtziger Jahre nicht so rasch wieder gut machen ließ, und weil das deutsche Kapital nur zögernd an die Erschließung unsrer Schutzgebiete heranging. Immerhin sind diese in langsam aufsteigender Entwicklung und in ihren Grenzen vertragsmäßig gesichert. Außerdem ist es gelungen, aus dem Zusammenbruch der spanischen Kolonialmacht die Marianen und Karolinen zu erwerben, die einst der Schiedsspruch des Papstes Deutschland entzog, die Samoainseln, das alte Schmerzenskind unsrer Kolonialpolitik, uns zu sichern und mit der Besitzergreifung von Kiautschou eine feste Stellung in Ostasien zu gewinnen, die wir jetzt schmerzlich entbehren würden. Dies vollzog sich nur auf Grund einer neuen Gruppierung der Mächte, des entschlossenen Eingreifens nach dem Frieden von Simonschi 1895 im Bunde mit Rußland und Frankreich, dem auch Fürst Bismarck seinen Beifall nicht versagte, unter der Voraussetzung nämlich, daß diese neue Politik konsequent fortgesetzt werde. Diese Voraussetzung ist eingetroffen, und heute nimmt Deutschland in Ostasien eine Stellung ein, die es den übrigen Weltgroßmächten durchaus ebenbürtig macht, obwohl es sich in seiner Seerüstung noch nicht mit ihnen messen kann. Endlich hat Deutschland ohne materielle Machtentfaltung, nur durch seine kluge und ehrliche Politik, in der Türkei eine wirtschaftliche und politische Stellung errungen, wie sie dort jetzt keine andre Macht einnimmt und Deutschland sie niemals gehabt hat. Daß bei alledem der persönliche Wille des Kaisers entscheidend mitgewirkt hat, daß seine Reise nach Jerusalem, die gewisse Blätter eine bloße „Bergnügungsreise“ zu nennen so taktvoll waren, dabei schwer ins Gewicht gefallen ist, das liegt klar auf der Hand.

Woll Gefahren sind alle diese neuen Wege, sie verlangen alle große Energie, weiten Blick und weise Mäßigung zugleich; aber waren es die Wege, die Bismarck von 1862 bis 1870 ging, etwa nicht? Wer es damals mit erlebt

hat, wie bis 1866 der kühne Minister von allen Seiten verletzert und geschmäht, und mit wie wegwerfender Geringschätzung zugleich von König Wilhelm I. gesprochen wurde — keine angenehmen Erinnerungen freilich für die heutigen „nationalen“ Parteien! —, der sieht in der heutigen antikaiserlichen Fronde nur eine Wiederholung des alten Unverständes und hat nur zu bedauern, daß große Teile des deutschen Volks in und von den letzten dreißig oder vierzig Jahren so erschreckend wenig gelernt haben, daß es in sehr gebildeten, sehr patriotischen, sehr Bismarckischen Kreisen geradezu zum guten Tone gehört, über den Kaiser zu räsonnieren, und daß man dort mit heimlichem oder offenem Behagen die boshaften Witze des Simplicissimus genießt. Eine sachliche ernste Kritik wird niemand tadeln, sie gehört zu jedem gesunden Staatsleben, obwohl sie sich in der auswärtigen Politik immer besondere Schranken wird auferlegen müssen, da sie schließlich in der Regel doch darauf hinausläuft, daß mangelhaft unterrichtete unverantwortliche Kritiker sachkundige und verantwortliche Staatsmänner eines Bessern belehren wollen. Aber was hofft man denn eigentlich mit patriotischen Nadelstichen zu erreichen? Einen Minister könnte man wegzuzürgern hoffen, den Kaiser kann man nicht wegärgern, und man kann doch auch nicht annehmen, daß er sich dadurch ändern wird. Nur eins erreicht man ganz sicher, was man gar nicht will: man schüttet Wasser auf die Mühle der antimonarchischen Parteien und der rückständigen Partikularisten, die man doch verabscheut, und macht sich zuweilen aus lauter Nörgelsucht geradezu zu ihrem Sprachrohr. Die wertvollste Errungenschaft der letzten drei Jahrzehnte ist doch wahrlich nicht die Sicherung mittelstaatlicher Reservatrechte und kleinfürstlicher Erbrechte, die z. B. aus einem schönen deutschen Ländchen zum Ärger jedes vernünftigen Deutschen den Gegenstand von Verhandlungen innerhalb eines fremden Herrscherhauses machen, sondern die starke Zentralgewalt, und mit der deutschen Einheit fällt das deutsche Kaisertum, mit dem Kaisertum das persönliche Ansehen des Kaisers zusammen. Aber statt dieses mit allen Kräften zu stützen, statt Einzelheiten, die Anstoß erregen, ruhig zu besprechen und unbefangen zu beurteilen, tritt man alles aus lauter Sensationsbedürfnis möglichst breit und macht oft aus der Mücke einen Elefanten. Und indem man so die lieben Leser daran gewöhnt, alles, was vom Kaiser ausgeht, mit tiefem Mißtrauen aufzunehmen, ihn also herabsetzt, sein Ansehen erschüttert, horcht man hoch auf, wenn an irgend welchem kleinen Hofe eine Empfindlichkeit über das oder jenes Wort des Kaisers angedeutet wird, und macht dafür nicht etwa den, der ihr irgendwie Ausdruck verliehen hat, verantwortlich, sondern den Kaiser, obwohl dieser an persönlicher lebenswürdiger Rücksicht gegen seine hohen Verbündeten doch wirklich das Menschenmögliche leistet und niemals daran gedacht hat, ihre Rechte anzutasten. Daß er auch seine Rechte fest hält, daß er sich namentlich nicht von jeder beliebigen Seite her in die Leitung der auswärtigen Politik hineinreden läßt, ist in der Ordnung.

Ein gescheiter Franzose hat lezthhin einmal gesagt: „Gebt uns euern Kaiser, und wir wollen bald die große Nation wieder werden, die wir gewesen sind.“

Die guten Deutschen stehn ihrem Kaiser wahrscheinlich zu nahe, als daß sie seine Bedeutung würdigen könnten, sie stoßen sich an Einzelheiten, die ihnen nicht gefallen, und übersehen darüber die großen Umrisse, denn noch immer scheinen sie bedeutende Männer an ihrer Spitze weder ertragen noch entbehren zu können; sie machen ihnen das Leben möglichst sauer, solange sie regieren, und rufen nach ihnen, wenn sie nicht mehr sind. Gott bessers! *



Pariser Briefe vom Jahre 1797

Ein Beitrag zur französischen Sittengeschichte der Revolutionszeit

(Schluß)



Als Bray am 21. September nach Paris zurückgekehrt war, fand er die Lage im wesentlichen so, wie er sie sich gedacht hatte. Wie von ihm schon in dem ersten seiner Berichte angedeutet worden war, hatte der finanzielle Punkt entscheidend auf die geschehenen Dinge eingewirkt. Die Besorgnis davor, daß im Falle eines Sieges der Reaktionspartei die zum öffentlichen Verkauf gebrachten Nationalgüter den neuen Eigentümern abgenommen und ihren frühern Besitzern zurückgegeben, daß dadurch aber die bestehenden Eigentums- und Kreditverhältnisse auf den Kopf gestellt werden würden, hatte dafür den Ausschlag gegeben, daß die Masse der Nation auf die Seite der „Triumvirn“ trat und sich den Staatsstreich gefallen ließ. War dieser auch von schweren Rechtsverletzungen und von einer zeitweiligen Gewaltherrschaft begleitet gewesen, so erschien das immer noch günstiger, als ein Säbelregiment und ein Bürgerkrieg, der die Greuel der Schreckenszeit wiederbrachte. Nach zweimonatigem Aufenthalt an der Seine kehrte Bray nach Deutschland zurück, um im April 1798 von Rastatt aus seinem Auftraggeber über die Ereignisse der letzten Monate ausführlich zu berichten und deren Summe zu ziehn. Wir übergehn den geschichtlichen Teil dieser Relation und berichten die Schlussfolgerungen, die zu dem Merkwürdigsten und Prophetischsten gehören, was über das moderne Frankreich geschrieben worden ist.

Besondre Aufmerksamkeit verdienen zwei Punkte dieser Denkschrift. In der ersten Hälfte weist der Verfasser unter Bezug auf den Anteil, den Augereau und dessen Truppen an dem Staatsstreich gehabt haben, auf die neue Erscheinung hin, daß die bewaffnete Macht im französischen Staats- und Revolutionswesen eine entscheidende Rolle zu spielen beginne. Als ob er eine Vorahnung von dem 18. Brumaire und die durch diesen eingeleitete